

PROTOKOLL 10/2014

über die **öffentliche Sitzung** des Gemeinderates der Marktgemeinde Orth an der Donau am
Dienstag, dem 16. Dezember 2014 im Gemeindeamt Orth an der Donau.

Beginn: 19:37 Uhr

Ende: 20:18 Uhr

ANWESENDE:

Bgm. Johann Mayer als Vorsitzender

GESCHÄFTSFÜHRENDE GEMEINDERÄTE:

Vzbgm. Waltraud Matz, GGR Josef Drabits, GGR Franz Krammer, GGR Dipl.-Ing. Rudolf Margl,
GGR Leopold Neumayer, GGR Johann Wittmann

GEMEINDERÄTE:

Wilhelm Bressler, Ulrike Emsenhuber, Josef Forstner, Andrea Fuchs, Walter Hergolitsch, Johann Hold, Ing. Kurt Horak, Eveline Kaider, Mag. (FH) Stefan Lukas, Hermine Merkatz, Ing. Markus Nikowitsch

ENTSCHULDIGT:

Roman Zöhler

SCHRIFTFÜHRER: Mag. Franz Kratschinger

Tagesordnung:

1. Protokoll der letzten Sitzung
2. Subventionsansuchen NSG Donau Auen
3. Beschluss VA 2015 samt Beilagen
4. Verbandsgründung Sonderalarmplanförderung Hochwasser
5. Resolution – TTIP transatlantisches handels- u. Investitionsabkommen
6. Verlängerung aktive Phase Dorferneuerung
7. Auftragsvergaben Veranstaltungshalle Meierhof
8. Marchfelder Schloessereich, Verlängerung mit 2. Nachtrag

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Gemeinderäte, stellt die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

1. Protokoll der letzten Sitzung

Das öffentliche und nicht öffentliche Protokoll der Sitzung 09/2014 wurde allen namhaft gemachten Vertretern zugesendet und es wurden keine Änderungswünsche bekanntgegeben. Somit gelten die Protokolle als einstimmig genehmigt.

2. Subventionsansuchen NSG Donau Auen

Seitens der Nachwuchsleitung SC-Orth an der Donau, NSG Donau-Auen liegt ein Subventionsansuchen betreffend der Kosten für die Turnsaalanmietung in der Mittelschule Orth an der Donau vor. Ca. 44% der Kinder sind Orther Kinder. Für diese sollen die Kosten übernommen

werden. Für die anderen Kinder hat der Verein, bei den jeweiligen Wohnsitzgemeinden angesucht. Die Subvention soll in der Höhe von EURO 2.508,-- gewährt werden. Antrag Bgm. Mayer. Einstimmige Zustimmung.

3. Beschluss VA 2015 samt Beilagen

Finanzreferent GGR Neumayer stellt einleitend fest, dass der Entwurf des Voranschlags 2015 vom 28.11.2014 bis 12.12.2014 zur öffentlichen Einsichtnahme auflag und keine Stellungnahmen abgegeben worden sind.

GGR Neumayer bringt dem Gemeindevorstand den Haushaltsvoranschlag 2015 auszugsweise zur Kenntnis und erwähnt die bereits erfolgten Vorberatungen im Finanzausschuss.

Der Umfang des ordentlichen Haushaltes beläuft sich auf € 5.816.700,--, der des außerordentlichen auf € 2.711.700,--.

Der Finanzreferent bringt die geplanten außerordentlichen Vorhaben (Straßenbau, Güterwegebau, Baugrundschaftung, Planung Bauhoferweiterung, Veranstaltungszentrum Meierhof) inkl. geplanter Ausgaben, Darlehensaufnahme sowie die Summen des mittelfristigen Finanzplanes bis zum Jahre 2019 auszugsweise zur Kenntnis. Trotz der geplanten Investitionen kann der Schuldenstand von € 5.187.600,-- auf 5.059.000,-- reduziert werden. Die Pro Kopf Verschuldung beträgt € 2.505,--. Die Rücklagen betragen € 2.227.373,62 und werden vor allem durch den Grundstücksankauf im Jahre 2015 auf € 512.373,62 sinken.

Bgm. Mayer bringt den Antrag von GGR Neumayer, dass der Gemeinderat den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 mit allen angeschlossenen Beilagen und Nachweisen sowie dem mittelfristigen Finanzplan, dem Dienstpostenplan, den erwähnten Abgaben- und Hebesätzen und den geplanten Darlehensaufnahmen beschließen möge, zur Abstimmung. Einstimmige Zustimmung.

4. Verbandsgründung Sonderalarmplanförderung Hochwasser

Zum bestehenden Katastrophenschutzplan für Donauhochwässer soll für eine weitere, detailliertere Erstellung eines Sonderalarmplanes für mehrere Hochwasserszenarien, ein Gemeindeverband gegründet werden. Dieser Verband führt den Namen „Katastrophenschutzverband – Hochwasser Donau Marchfeld“. Der Verband erhält für seine Aufgabe auch großzügige Förderungen, für das angestrebte Projekt. Die Verbandsstatuten liegen den Unterlagen bei. Durch die Mitarbeit der Feuerwehren sind auch die Einbringung von Eigenleistungen möglich. Antrag Bgm. Mayer. Einstimmige Zustimmung.

5. Resolution – TTIP transatlantisches handels- u. Investitionsabkommen

Bgm. Mayer berichtet über den Wunsch von GR Emsenhuber eine Resolution über das TTIP - transatlantisches Handels- u. Investitionsabkommen zu beschließen. Alle Gemeinderäte/innen haben dazu ein Infomail erhalten. Die nachstehende Resolution wird daher vom Gemeinderat beschlossen :

Resolution

TTIP/CETA/TiSA freie Gemeinde

**Die Marktgemeinde Orth an der Donau
erklärt sich zur „TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde“**

Mit der Erklärung zur TTIP/CETA/TiSA-freien Gemeinde werden folgende Forderungen verbunden:

- Kein Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen, welche die Gemeindeautonomie bei der Sicherstellung der öffentlichen Dienstleistungen untergraben oder ihre Rechte auf Regulierung einschränken
- kein Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen, die Instrumente des Investitionsschutzes enthalten
- Aussetzen der TTIP & TiSA-Verhandlungen, solange die verhandlungsrelevanten Dokumente nicht offengelegt sind und es keinen demokratischen Prozess gibt
- Ablehnen des CETA-Abkommens durch die österreichische Regierung bzw. die Abgeordneten des Nationalrates bzw. die österreichischen Abgeordneten zum Europäischen Parlament
- die Offenlegung der Verhandlungsunterlagen aller derzeit verhandelten Abkommen, insbesondere von TTIP, CETA und TiSA für BürgerInnen und ParlamentarierInnen
- die begleitende öffentliche Auseinandersetzung mit den Verhandlungsinhalten während der gesamten Verhandlungsdauer im österreichischen und Europäischen Parlament unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen.

Begründung:

Im Rahmen der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sowie der CETA- und TiSA-Abkommen verhandelt die EU-Kommission im Auftrag der Mitgliedsländer weitere Deregulierungsmaßnahmen und -schritte, die alle Lebensbereiche betreffen. Teilbereiche davon sind der Dienstleistungssektor und die öffentliche Auftragsvergabe. Laut dem durchgesickerten Verhandlungsmandat für TTIP und den durchgesickerten Verhandlungsdokumenten für CETA und TiSA ist das Ziel dieser Abkommen, bestehende Liberalisierungen des Dienstleistungsbereichs über diese Abkommen festzuschreiben.

Alle öffentlichen Dienstleistungen, die für den sozialen Zusammenhalt wichtig sind und zu denen alle BürgerInnen freien Zugang haben müssen, sind von diesen Abkommen betroffen: Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Luft, Wasser, Transporte, öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege usw. Lediglich jene Bereiche, die explizit in Form eines Negativlistenansatzes ausgenommen werden, fallen nicht darunter.

Darüber hinaus sollen Konzerne, die in einer der Regionen bzw. Länder, die TTIP, CETA und TiSA verhandeln, eine Niederlassung haben, in Zukunft bei der Ausschreibung von öffentlichen Verträgen mitbieten können.

Freihandelsabkommen - so auch diese - sind für alle Verwaltungsebenen, also vom Bund über die Bundesländer bis zu den Gemeinden gültig; sie sind für alle Verwaltungsebenen verpflichtend. Bundesländer und Gemeinden sind also direkt betroffen. TTIP, CETA und TiSA stellen das Subsidiaritätsprinzip in Frage, indem sie namentlich die Möglichkeit der lokalen Behörden einschränken im Dienstleistungsbereich eine eigenständige Politik zu betreiben. Die zwingende Gleichbehandlung von lokalen und ausländischen Anbietern (Prinzip der „Inländerbehandlung“) macht Regionalpolitik oder die Förderung von Nahversorgung unmöglich.

Im Rahmen von TTIP und CETA sollen Konzernen auch Klagerechte gegenüber Staaten zugesprochen werden - der sogenannte Investitionsschutz. Solche Klagen sollen von privaten Schiedsgerichten entschieden werden, die der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind und für die es

keine Berufungsmöglichkeiten gibt. Damit können diese Konzerne in Zukunft Staaten (und indirekt Gemeinden) auf entgangenen Gewinn oder zu hohe Umweltauflagen klagen. Dies kann auch Gemeinden treffen. So hat Vattenfall 2009 Deutschland wegen zu hoher Umweltauflagen für das Kohlekraftwerk Moorburg in Hamburg geklagt.

Erstmalig wird im TTIP-Abkommen ein regulatorischer Rat verhandelt, der dieses Abkommen zu einem „lebenden Abkommen“ machen soll. Dieser Rat soll von Vertretern der Europäischen Kommission und der US-Regierung beschickt werden. Nach Abschluss der Verhandlungen sollen bestehende und zukünftige Gesetze, Vorschriften und Standards zum Schutz von Leben und Gesundheit, zum Umwelt- und KonsumentInnenchutz insbesondere auch für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten darauf überprüft werden, ob sie ein unnötiges Handelshemmnis zwischen den betreffenden Ländern darstellen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Harmonisierung gesetzt werden. Ausgewählte Stakeholder (vor allem Konzerne) sollen in die Arbeit des regulatorischen Rates eingebunden werden.

Egal, welche Handels- und Investitionsabkommen verhandelt werden - ein grundlegendes Problem ist immer die fehlende Offenlegung von Verhandlungsdokumenten. Alle Verhandlungsdokumente sind geheim, weder die Position der Europäischen Kommission noch jene der verhandelnden Ländern USA und Kanada sind bekannt. Noch gravierender ist das diesen Verhandlungen eigene Demokratiedefizit. Dadurch, dass die Verhandlungen streng geheim und abgeschirmt von der Öffentlichkeit stattfinden, wird ein demokratischer Meinungsbildungsprozess unterbunden. Dies unterminiert die Grundpfeiler der Demokratie und muss deshalb grundsätzlich geändert werden. Verschiedene Gemeinden in Europa haben bereits Maßnahmen gegen TTIP, CETA und TiSA ergriffen und ähnliche lautende Resolutionen unterschrieben.

Weitere Informationen zur Kampagne TTIP STOPPEN finden sich unter www.ttip-stoppen.at

GR Emsenhuber ersucht mit der Resolution ein Zeichen zu setzen und weist auf die Schiedsgerichtsproblematik hin.

GGR Krammer teilt die Unterstützung der SPÖ Fraktion mit, da vor allem die nicht publiquen Verhandlungen kontraproduktiv sind, sowie das Gerichtssystem ausgehebelt wird.

Auch Vzbgm. Matz sieht das größte Problem in der Aushebelung unseres Rechtssystems und ersucht daher den Gemeinderat die Resolution zu unterstützen.

Bgm. Mayer bringt den Antrag von GR Emsenhuber zur Abstimmung. Einstimmige Zustimmung.

6. Verlängerung aktive Phase Dorferneuerung

Die Marktgemeinde Orth an der Donau ist mit dem Dorferneuerungsverein Orth an der Donau seit Mitte 2010 in der aktiven Phase der NÖ Dorferneuerung und wird dabei vom Verband für Dorf- und Stadterneuerung betreut.

Der Dorferneuerungsverein Orth an der Donau hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Projekten geplant und realisiert. Weiters gibt es zahlreiche Veranstaltungen der Vereine, welche das Gesellschaftsleben bereichern wie z.B. Konzerte, Theateraufführungen, Ausstellungen, Vorträge, Ausflugsfahrten, Punschstände, etc.

Derzeit sind im Rahmen des Dorferneuerungsvereins folgende Projekte im Laufen:

- Brücke bei Aulehrpfad
- Bepflanzungen und Buswartehäuschen
- Machbarkeitsstudie für Stiege im Schloss
- Errichtung einer Veranstaltungshalle

- Vorträge der Gesunden Gemeinde
- Projekt Langer Grund

Da eine Betreuung der Projekte durch die Dorferneuerung im Jahre 2015 unbedingt nötig ist, beantragt die Gemeinde Orth an der Donau daher eine einjährige Verlängerung der aktiven Dorferneuerungsphase bis 31. Dezember 2015. Dies soll vom Gemeinderat heute beschlossen werden. Antrag Bgm. Mayer. Einstimmige Zustimmung.

7. Auftragsvergaben Veranstaltungshalle Meierhof

Nach der durchgeführten Angebotsöffnung und Prüfung der Angebote für den Bau der Veranstaltungshalle Meierhof, durch das Architekturbüro Ing. Herbert Ribarich, wurde für folgende Billigstbieter der unten angeführten Gewerke, der Vergabebeschlag vom Gemeinderat erteilt:

Baumeisterarbeiten abzgl. Schalung Fundament	Fa. Wögler Bau Gmbh Elisabethstr. 9, 2301 Gr. Enzersdorf	666.609,63
Erdarbeiten	Fa. Johann Wambach – Transportunternehmen Neusiedlzeile 13, 2304 Orth an der Donau	34.190,00
Zimmermeisterarbeiten	Fa. Panzenböck GmbH & CoKG Raimundg. 18, 2763 Pernitz	175.249,31
Spengler- und Dachdeckerarbeiten	Fa. Leopold Happel Bahnstr. 20, 2304 Orth an der Donau	87.746,50
Elektroinstallation	Fa. Berger-Elektro-Technik GesmbH Niederleuthnerstr. 23, 3830 Waidhofen/Thaya	164.844,49
HKLS-Installation	Fa. Schicker Pipitzhofweg 1, 2294 Marchegg	446.441,55
Fenster & Türen	Fa. Ing. Roman Schwarzenecker Josko Vertriebspartner Leberstr. 22, 1110 Wien	162.809,42
Wandelgang Nachtrag Schallschutz	Fa. Silbernagel Metalltechnik GmbH Schremser Straße 117, 3945 Hoheneich	63.168,00
Trockenbau	Fa. Akustik Fellner GmbH Markt 127, 2770 Gutenstein	88.999,30
Bühne/Mobile Trennwände	Fa. Schmiedmaier GmbH Schulgasse 53, 1180 Wien	40.740,60

Antrag Bgm. Mayer. Einstimmige Zustimmung zu allen Gewerken.

8. Marchfelder Schloessereich, Verlängerung mit 2. Nachtrag

Für das Marchfelder Schloessereich Projekt soll eine Verlängerung mittels 2. Nachtrag bis 2020 erfolgen. Vor allem auch mit Hinblick auf die Bewerbung für die Landesausstellung sollen auch Projekte der Marchfeldschloesser vorbereitet werden. Fr. Annemarie Täubling wird Orth an der Donau vertreten. Der 2. Nachtrag wurde den Unterlagen beigelegt und soll auf Antrag von Bgm. Mayer beschlossen werden. Einstimmige Zustimmung.

Allfälliges

Bgm. Mayer teilt dem Gemeinderat die Ergebnisrechnung vom Schülertreff (Hort) für das Schuljahr 2013/2014 mit. Dazu ist eine zusätzliche Förderung von 1564,47 der Gemeinde Orth an der Donau nötig.

Bgm. Mayer berichtet über den Jahresbericht Energie 2013 der im Internet unter http://www.orth.at/Seiten/030_Gemeinde/039_2_open_Government/2013_Energiebericht_Orth.pdf eingesehen werden kann.

Dankesworte:

Bgm. Mayer bedankt sich beim Gemeinderat für die letzten 5 Jahre, in denen durch die sehr gute Zusammenarbeit viel weitergebracht werden konnte.

GGR Krammer bedankt sich ebenfalls bei allen Gemeinderäten aber vor allem auch bei Bgm. Mayer für die gute Führung und das konstruktive Klima.

Vzbgm. Matz dankt ebenfalls dem Gemeinderat, Hans Mayer und F. Kratschinger für die gute Zusammenarbeit und die Schaffung eines Klimas, in dem stets alle in die Entscheidungsfindung eingebunden werden. Da sie in der nächsten Periode nicht mehr als Vzbgm. zur Verfügung stehen wird, gibt sie einen kurzen Rückblick über die letzten Jahrzehnte. Als sie im Gemeinderat begonnen hat, gab es weniger Konsenslösungen und erst vor ca. 15 Jahren wurde gemeinsam mit Rudolf Margl der Grundstein für gemeinsames Handeln gelegt. Fortan ging es dann immer um die Sache und ein gemeinsames Handeln für Orth an der Donau. Dies hat zu vielen Erfolgen geführt. Diesen Geist des respektvollen Umgangs miteinander (trotz unterschiedlicher Standpunkte und oft instensiven Verhandlungen) wünscht sie auch dem neuen Gemeinderat.

GR Emsenhuber bedankt sich ebenfalls für die Akzeptanz und Aufnahme im Gemeinderat (trotz einer Ein Personen Fraktion) und für den gegenseitigen Respekt und das Miteinander für Orth an der Donau.

Der Vorsitzende schließt die Gemeinderatssitzung.

Dieses Protokoll wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom genehmigt und gefertigt:

Bürgermeister:	Schriftführer:
ÖVP-Fraktion:	Grüne-Fraktion:
	SPÖ-Fraktion: